

# Aufnahme jetzt!

## Stadtpolitik und Zivilgesellschaft in Marburg zeigen sich solidarisch

# Wer hilft Menschen von Moria?

Nach verheerendem Feuer: 240 Menschen fordern in Marburg Aufnahme von Geflüchteten

**MARBURG.** Gut 240 Menschen beteiligten sich gestern Abend an einer Demonstration der Organisation „Seebücke“. Sie forderten die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem in der Nacht zu Mittwoch fast vollständig niedergebrannten Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Die Demonstranten zogen durch die Innenstadt zum Blochmann-Platz.

„Moria ist eine humanitäre Katastrophe und eine Schande für den Friedensnobelpreisträger EU“, sagte Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies gestern. Selbstverständlich sei Marburg weiter bereit, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen und ihnen ein gutes Zuhause zu bieten, so der Oberbürgermeister. Bereits 2018 hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass Marburg 200 Geflüchtete von den griechischen Inseln zusätzlich aufnehmen würde. Dies war bisher wie die Vorstöße anderer deutscher Städte vom Bundes-



Gut 240 Menschen forderten gestern in Marburg die Aufnahme von Geflüchteten aus griechischen Lagern.

FOTO: THORSTEN RICHTER

innenministerium abgelehnt worden.

Die bei dem Großbrand im griechischen Flüchtlingslager Moria obdachlos gewordenen Migranten sollen nun zunächst auf Schiffen und in Zelten unterkommen. Das kündigte Griechenlands Migrationsminister Notis Mitarakis am Mittwoch an. Athen geht nach ersten Erkenntnissen da-

von aus, dass einige Migranten die Brände selbst gelegt haben – aus Angst vor den ersten Corona-Fällen im Lager. Es seien aber keine Menschen verletzt, vermisst oder durch den Brand umgekommen. Dem Feuer vorangegangen waren Unruhen unter den Migranten, weil das Lager nach einem ersten bekannten Corona-Fall unter Quarantä-

ne gestellt worden war. Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis sagte, der Brand habe gezeigt, dass die Situation so nicht weitergehen könne. Griechenland brauche die Hilfe der anderen EU-Staaten. Im Namen der EU versprach Innenkommissarin Ylva Johansson schnelle Hilfe. Auf Bundesebene forderte die SPD vom Koalitionspartner Union, den Weg für die Aufnahme von Betroffenen nach Deutschland frei zu machen.

Generell tritt die Universitätsstadt Marburg als Gründungsmitglied des Bündnisses „Städte Sichere Häfen“ für eine gemeinsame bundesdeutsche und europäische Lösung ein, die es Kommunen erlauben würde, die zugewiesenen und darüber hinaus zusätzliche Aufnahmen zu finanzieren. „Wir würden in Marburg mehr Geflüchtete aufnehmen, denn hier gibt es eine breite ehrenamtliche Unterstützung und ein positives, offenes Klima in der Stadt“, so Spies. SEITEN 12, 13

**Oberhessische Presse vom 10.09.2020**